

Liebe Leserinnen und Leser,

wer sich zu weit von seiner Herde entfernt, der kann sie am Ende nicht mehr einfangen. Als Volkspartei müssen wir uns dieser Wechselwirkung immer bewusst sein. Wir sind die Partei der Menschen, nicht der Populisten und nicht die Partei elitärer Kreise. Wir sind die Partei der Werte. Für uns sind die Fragen nach der Wettbewerbsfähigkeit der EU genauso zentral wie Klima- und Umweltschutz. Europa darf nicht zum „grünen Museum“ verkommen. Wir nehmen die Sorgen und Ängste der Menschen ernst und geben Halt und Perspektive.

Was abgehobene Politik bewirken kann im Zusammenspiel mit der Mehrzahl der Medien, die am Ende keine eigene Meinung mehr hatte, haben wir diese Woche bei der Abstimmung zum Gesetz zur Wiederherstellung der Natur erlebt. Frans Timmermans, Vize-Kommissionspräsident, hat alle Register gezogen und viele rote Linien überschritten, um sein Ziel zu erreichen. Die Mehrheit war auf seiner Seite.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass wir es als EVP aus eigener Kraft hätten schaffen können, wenn alle Kolleginnen und Kollegen an einem Strang gezogen hätten. Leider haben die wenigen Ausreißer dazu beigetragen, dass wir nicht als Erste durchs Ziel gelaufen sind. Doch demokratische Abstimmungen akzeptieren und respektieren wir. Im anstehenden Trilog werden wir alles geben und für unsere Ziele weiterkämpfen. Und gut ist auch, dass wir alle unsere Änderungsanträge im Abstimmungsmarathon gewonnen haben. Und das ist die Basis für die Verhandlungen, die nächste Woche beginnen werden.

Welche weiteren Themen uns in der letzten Plenarwoche vor der Sommerpause in Straßburg bewegt haben, lesen Sie in der neuen Newsletter-Ausgabe.

Ich wünsche eine interessante Lektüre.

Mit freundlichen Grüßen,



Mein Europa

Das umstrittene Gesetz zur Wiederherstellung der Natur

Mit dem Gesetz zur Wiederherstellung der Natur möchte die EU-Kommission Feuchtgebiete, Flüsse, Wälder, Grasland, Meeresökosysteme und städtische Gebiete in der EU und die darin vorkommenden Arten wiederherstellen, also re-naturalisieren. Leider ist dieser Gesetzesvorschlag der EU-Kommission ein klassischer Fall von „gut gemeint aber nicht gut gemacht“. Das Gesetz würde zu einem Rückgang der Agrarflächen führen und damit unsere Ernährungssicherheit sowie die Bezahlbarkeit von Lebensmitteln gefährden. Die Vorlage der EU-Kommission war für CDU und CSU deshalb nicht zustimmungsfähig und wir haben uns sehr intensiv dafür eingesetzt, dass das Parlament dagegen stimmt.

Nachdem bereits die Ausschüsse des Europaparlaments für Landwirtschaft, Fischerei und Umwelt das Gesetz abgelehnt hatten, stand am Mittwoch die entscheidende Plenarabstimmung auf der Tagesordnung. Unser Änderungsantrag zur Zurückweisung hat dabei eine Mehrheit leider knapp verfehlt. Damit wurde leider die Chance eines kompletten Neuanfangs bei diesem Gesetz vertan. Stattdessen beginnen nun Verhandlungen zwischen EU-Mitgliedstaaten für den endgültigen Gesetzestext. Wir akzeptieren das demokratische Ergebnis und deshalb werden sich CDU und CSU weiterhin für einen zukunftsorientierten Ansatz einsetzen, der die ländlichen Räume, die wachsende Weltbevölkerung, erneuerbare Energien und den Klimawandel stärker als bisher berücksichtigt. Die EVP-Fraktion steht für einen Schutz der Biodiversität mit den Menschen und nicht gegen Sie.

12. Juli Abstimmungsergebnis im EU-Parlament

Das Europäische Parlament hat sich zum Gesetz zur Wiederherstellung der Natur positioniert und mit einer knappen Mehrheit gegen eine Zurückweisung des Kommissionsvorschlags gestimmt.

- Lesen Sie [hier](#) meine **Pressemeldung** nach der Abstimmung im EU-Parlament.

Die Stimmen meiner zuständigen Fachkollegin/ Kollege:

Christine Schneider (CDU), Berichterstatterin der EVP-Fraktion:

"Das heutige Ergebnis ist eine schlechte Entscheidung. Damit werden die demokratischen Entscheidungen der drei Ausschüsse ignoriert, die das Gesetz zuvor abgelehnt haben. Aber als gute Demokratin akzeptiere ich das Ergebnis natürlich und werde mich nun mit aller Kraft für ein gutes Ergebnis in den Trilog-Verhandlungen einsetzen. Dort werde ich weiterhin für unsere Prioritäten kämpfen.

Der Vorschlag der Kommission führt genau in die falsche Richtung. Der Schutz unserer Biodiversität kann nur Hand-in-Hand mit der Bevölkerung funktionieren und nicht, indem man einseitig unsere Landwirte, Förster und Fischer für den Artenschwund verantwortlich macht. Wir unterstützen keine Verbotspolitik, die zu einem Rückgang der land- und forstwirtschaftlichen Flächen führen wird und damit unsere Ernährungssicherheit gefährdet. Um den Verlust der biologischen Vielfalt zu stoppen können wir nur gemeinsam mit allen Beteiligten, mit den Land- und Forstwirten und mit allen Bürgerinnen und Bürgern erfolgreich sein. Dafür benötigen wir ein Anreizsystem statt Verordnungen.

Die Finanzierung der Maßnahmen und die Auswirkung in den Mitgliedstaaten ist ungeklärt. Es ist vollkommen unklar, in wie weit das NRL mit den anderen 23 bestehenden EU-Verordnungen abgestimmt ist, die heute schon unsere Natur schützen. Hier müssen wir ansetzen.

Weil es immer wieder falsch behauptet wird, möchte ich hier klarstellen: Wir als EVP stehen zu den Zielen des Green Deals. Wir möchten, dass das Montrealabkommen weltweit umgesetzt wird."

Peter Liese (CDU), umweltpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

"Ich bin natürlich enttäuscht, aber durch unser Engagement ist jedem klar, wo die Schwachstellen dieses Gesetzes liegen. Es ist schon erstaunlich, dass selbst die Grünen ein sehr abgeschwächtes Nature Restoration Law als Sieg feiern. Ich werde mich in den nächsten Wochen und Monaten weiter dafür einsetzen, dass die Anliegen der Menschen im ländlichen Raum besser als bisher von der Europäischen Politik berücksichtigt werden.

Ich habe selten erlebt, dass in der ländlichen Region, die ich vertrete, und in der Brüsseler und Straßburger Blase die Positionen so weit auseinander gehen wie bei diesem Gesetz. Bürgermeister, Landräte, der deutsche Städte- und Gemeindebund, Waldbesitzer, Betreiber von Wasserkraftwerken und Landwirte lehnen dieses Gesetz aus guten Gründen ab. Es behindert die erneuerbaren Energien, z.B. im Bereich der Wasserkraft, und behindert die Entwicklungsmöglichkeiten der Menschen im ländlichen Raum.

Wir müssen die Biodiversität und insbesondere den Klimaschutz stärken. Es ist leider nicht immer so einfach, das in Einklang zu bringen. Meine Priorität lautet Klimaschutz und auch deshalb bin ich gegen dieses Gesetz. Zur Stärkung der Biodiversität sollten wir auf Kooperationen mit den Landwirten, eine bessere Umsetzung der gemeinsamen Agrarpolitik und auf Anreize, z.B. im Rahmen des Kommissionsvorschlags zur Entnahme von CO₂ aus der Atmosphäre setzen."

Lesen Sie mein [Statement](#) nach der Abstimmung im Umweltausschuss.

Kein Green Deal ohne neue genomische Techniken (NGTs)

Nach 20 Jahren kommt endlich eine Überarbeitung des europäischen Rechtsrahmens für gentechnisch veränderte Pflanzen. Die EU-Kommission stellte kürzlich das reformierte Regelwerk vor.

Weitere Informationen dazu lesen Sie in meiner [gemeinsamen Pressemeldung](#) mit meinen EVP-Kolleginnen und Kollegen.

Die EU-Kommission präsentierte neben den Vorschlägen zu neuen Züchtungsmethoden, auch Vorschläge zur Verbesserung der Bodenqualität, zur Ressourceneffizienz von Textilien und zur Nahrungsmittelverschwendung. Dazu erklären:

Peter Liese (CDU), umwelt- und klimapolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

Zur Nahrungsmittelverschwendung:

"Das Ziel, Nahrungsmittelverschwendung zu vermeiden, ist ein absolut richtiges und notwendiges Ziel. Nahrungsmittelverschwendung führt zur Belastung der Umwelt, insbesondere mit Treibhausgasen, da die Produktion und die damit verbundenen Belastungen praktisch umsonst passieren. Nahrungsmittelverschwendung ist in einer Zeit, in der wir durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine, in Europa und noch viel mehr in anderen Teilen der Welt steigende Nahrungsmittelpreise und teilweise Hunger haben, nicht zu rechtfertigen."

Zur Ressourceneffizienz von Textilien:

„Ich halte es grundsätzlich für richtig, dass wir dafür sorgen, dass im Bereich der Textilien die Kreislaufwirtschaft besser funktioniert. Nur 11 von 27 Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, sammeln Textilien überhaupt getrennt ein. Dies wird durch den Vorschlag geändert - alle Mitgliedstaaten müssen eine getrennte Sammlung durchführen.“

Zu den Züchtungsmethoden:

„Vizepräsident Timmermans hat offensichtlich geblufft. Seine Drohung, dass der Vorschlag zu neuen Züchtungsmethoden von der Kommission nicht vorgelegt wird, wenn der Umweltausschuss des Europäischen Parlamentes das Gesetz zur Wiederherstellung der Natur ablehnt, war offensichtlich nicht von der gesamten Kommission und der Kommissionspräsidentin gedeckt. Ich bedanke mich sehr bei Ursula von der Leyen und Stella Kyriakides, dass sie diesen wichtigen Vorschlag vorlegen. Neue Züchtungsmethoden sind notwendig für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft und für die Sicherstellung der Ernährung.“

(siehe Hintergrund)

Zur Umweltpolitik allgemein:

"Die Europäische Kommission macht im Moment im Umweltbereich extrem viele Vorschläge, und ich kann gut nachvollziehen, dass das für einige zu viele sind. Auch deshalb haben wir das Gesetz zur Wiederherstellung der Natur abgelehnt, das darüber hinaus auch noch sehr schlecht formuliert war. Wir werden all diese Vorschläge genau prüfen und insbesondere darauf achten, dass Landwirtschaft und insgesamt die Menschen im ländlichen Raum nicht überbelastet werden."

Norbert Lins (CDU), Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung:

Zu den Züchtungsmethoden:

"Ein neuer, EU-weiter Ansatz zum Umgang mit neuen Züchtungstechniken ist dringend notwendig. Die EVP-Fraktion hat dies schon lange gefordert. Neue Techniken wie die sogenannte CrisprCAS-Technologie sind mit der alten Gentechnik, wie wir sie bisher hatten, wenig vergleichbar. Wir brauchen hier einen pragmatischen Ansatz für neue Züchtungstechniken im Sinne einer modernen und nachhaltigen Landwirtschaft. Neue Züchtungstechniken ermöglichen es, das Erbgut von Pflanzen zielgenau zu bearbeiten und damit deren mögliche Anfälligkeit für Krankheiten, Dürre oder sonstige Extremwetter mit vergleichsweise einfachen Methoden zu bekämpfen und damit Ernteauffälle und Missernten zu verringern. Anders formuliert: Die Techniken bieten Verbesserungsmöglichkeiten in den Bereichen Umweltschutz und Klimaanpassung, welchen wir uns nicht verschließen sollten“.

Zur Bodenqualität:

„Die Gesundheit unserer Böden hat eine entscheidende Bedeutung für die europäische Landwirtschaft. Ich begrüße, dass die Kommission dies als Richtlinie veröffentlicht und damit im Sinne des Subsidiaritätsprinzips die Verantwortung der Mitgliedstaaten berücksichtigt. Den Vorschlag werden wir einer kritischen Prüfung unterziehen.“

Hintergrund:

In den Gesprächen über das sogenannte Gesetz zur Wiederherstellung der Natur, welches die EVP-Fraktion gemeinsam mit vielen Liberalen in der vergangenen Woche im Umweltausschuss und zuvor schon im Agrarausschuss und dem Fischereiausschuss abgelehnt hatte, hatten Vizepräsident Timmermans und sein Kabinettschef gedroht, dann auch den Vorschlag zu den neuen Züchtungsmethoden nicht vorzulegen. Diese Drohung hatte offenbar nicht den Rückhalt des Kollegiums der Kommissare und der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

Industrieemissionsrichtlinie: Erleichterungen für Landwirtschaft

Das Europäische Parlament hat sich zur Industrie-Emissions-Richtlinie positioniert.

Lesen Sie [hier](#) mein Statement.

Die Statements meiner zuständigen Fachkollegen:

Peter Liese (CDU), umweltpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Das Europäische Parlament hat den Vorschlag der Europäischen Kommission dramatisch verbessert. Es ist uns gelungen, zusätzliche Belastungen für die Landwirtschaft zu vermeiden. Es bleibt bei den bisherigen Schwellenwerten. Insbesondere wird Rinderzucht nicht unter die Industrieemissionsrichtlinie gefasst. Rinder werden in der Regel in offenen Ställen gehalten. Das kann man mit Industriebetrieben überhaupt nicht vergleichen. Noch wichtiger ist, dass es uns gelungen ist, einen Antrag zur Wirtschaftstransformation durchzubringen. Es ist wichtig, dass die Unternehmen, die sich auf den Weg zur Klimaneutralität machen, nicht mit zusätzlichen Auflagen belastet werden. Wenn eine Anlage sowieso stillgelegt wird, weil eine klimaneutrale Produktion zum Beispiel bei einem Stahlwerk aufgebaut wird, sollte die Situation des Unternehmens nicht noch einmal mit zusätzlichen Auflagen ein Jahr vor Schließung der Anlage erschwert werden.“

Dennis Radtke (CDU), sozialpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Wirksamer Umweltschutz und eine starke europäische Industrie. Beides ist gleichzeitig möglich. Ich freue mich, dass unser Änderungsantrag angenommen wurde und bedanke mich bei allen Kollegen, die diese Initiative gemeinsam mit mir auf den Weg gebracht haben. Vorerst haben wir die schlimmsten Vorschläge von EU-Vizekommissionspräsident Frans Timmermans aufhalten können. Im Kampf für hunderttausende gut bezahlter Arbeitsplätze in der Industrie war das ein wichtiger Schritt. Als CDU sind wir die letzten Interessenvertreter der Industriearbeiter.“

Insgesamt wurden pragmatische Kompromisse gefunden, die den Kommissionsvorschlag an allen entscheidenden Stellen entschärfen. Unser Änderungsantrag ist dabei natürlich ein ganz zentraler Baustein. Die USA haben mit dem Inflation Reduction Act ein gigantisches Industrieprogramm aufgelegt. Im letzten Jahr sind 131 Milliarden aus der deutschen Industrie abgeflossen. Statt darauf angemessen zu reagieren, meinen bei uns einige, die

Industrie sei ein Versuchskaninchen, an dem man die Ideen von Umwelt-NGOs einfach mal in der Praxis testen kann. Unverantwortlich, wie wir hier mit hunderttausenden gut bezahlten Arbeitsplätzen umgehen.“

Hintergrund:

Die Industrieemissionsrichtlinie (IED) ist das wichtigste EU-Instrument zur Regelung von Schadstoffemissionen aus Industrieanlagen. Etwa 52.000 Anlagen, die unter die Richtlinie fallen, müssen mit einer (von den Behörden der Mitgliedstaaten erteilten) Genehmigung betrieben werden, die die gesamte Umwelleistung der Anlage berücksichtigt. Dies betrifft die Emissionen in Luft, Wasser und Boden, Abfall, die Verwendung von Rohstoffen, die Energieeffizienz, die Lärmbelastung, die Unfallverhütung und die Sanierung des Standorts nach der Stilllegung. Die Grenzwerte werden in Konsultation mit der betroffenen Industrie festgelegt. Mit der im April 2022 vorgeschlagenen Überarbeitung wollte die Kommission in erster Linie erreichen, dass die Grenzwerte nun ambitionierter festgesetzt werden und sich tatsächlich an den best verfügbaren Techniken ("BVT"), also den emissionsärmsten Anlagen orientieren. Die Regeln sollten damit weiter verschärft werden.

Neben dem ungünstigen Zeitpunkt des Vorschlags in einer Krisensituation mit Inflation, hohen Energiepreisen und unsicheren Lieferketten wurde insbesondere kritisiert, dass die vorgeschlagenen Änderungen zu einer Verlängerung und weiteren Bürokratisierung der Planungsverfahren geführt hätten.

Dennis Radtke und Peter Liese waren an der Ausarbeitung eines nun erfolgreichen Änderungsantrags 305 beteiligt, der der Industrie helfen wird, Investitionen in den ökologischen Umbau umzulenken, ohne Unsummen für bestehende Anlagen ausgeben zu müssen, die in naher Zukunft ohnehin abgeschaltet werden. Neben Radtke und Liese hatten sich auch der tschechische liberale Abgeordnete Ondřej Knotek, der FDP-Europaabgeordnete Andreas Glück sowie der CDU-Abgeordnete Jens Gieseke an der Initiative beteiligt. Mit der IED werden seit vielen Jahren Schadstoffe wie Stickoxide und Methan aus Industrieanlagen kontrolliert und reduziert.

15. Juli: EU-Gedenktag der Opfer des Klimawandels

Die Europäische Union hat den 15. Juli zum Gedenktag der Opfer des Klimawandels ausgerufen. Eine entsprechende Erklärung wurde von Vertretern der EU sowie UN-Generalsekretär Antonio Guterres unterzeichnet: Hierzu erklärt **Peter Liese (CDU)**, umweltpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Man kann nicht jede einzelne Überschwemmung auf den Klimawandel zurückführen, aber dass Katastrophen wie die im Juli 2021 mit dem Klimawandel häufiger werden, kann niemand bestreiten. Deshalb müssen wir gemeinsam in Europa und mit möglichst vielen Partnern in der Welt den Klimawandel bekämpfen und uns besser auf solche Katastrophen vorbereiten.“

Für mich ist es immer noch sehr emotional, wenn ich an den 14./15. Juli zurückdenke. Ich saß im Unterausschuss des Europäischen Parlaments, als die EU-Kommission ihre Pläne zum Klimaschutz ("Fit for 55) vorstellte und in dem Moment kam die Nachricht auf mein Handy, dass in meinem Wahlkreis in der Stadt Altena im Sauerland ein Feuerwehrmann in den Fluten ertrunken ist. Ich habe später mit dem Bürgermeister die Stelle besichtigt, an

der er ertrunken ist und habe Menschen getroffen, die alles verloren haben. Diese Gedanken motivieren mich bei meinem Engagement für den Klimaschutz.

Die demokratischen Parteien dürfen niemals in Frage stellen, dass das Ziel des Klimaschutzes richtig ist, aber wir streiten zu Recht um den Weg. Ich will, dass wir klimaneutrales Industrieland werden und nicht Industrie-Museum, denn dann wären wir kein Vorbild für den Rest der Welt. Klimaschutz kann aber nur gelingen, wenn uns andere Teile der Welt auf unserem Weg folgen. Deshalb bin ich dafür, dass wir auch Kompromisse zugunsten des Klimaschutzes machen, zum Beispiel darf ein einzelner Vogel nicht einen ganzen Windpark verhindern, wenn die Erhaltung der Art nicht durch den Windpark gefährdet wird.

Die Europäische Union hilft den Opfern der Flutkatastrophe mit 612 Millionen Euro. Leider wurde dieses Geld erst um die Jahreswende ausgezahlt und es ist bei Finanzminister Lindner hängen geblieben. Anders als bei früheren Katastrophen wurde das Geld aus dem europäischen Solidaritätsfonds nicht direkt an die betroffenen Kommunen ausgezahlt, sondern der Bund hat es zur Refinanzierung seiner im Jahr 2021 geleisteten Hilfen genutzt.“

Hintergrund:

Am jährlichen Gedenktag für die Opfer der Klimawandels soll an die Menschen gedacht werden, die z.B. durch Überschwemmungen in der EU, aber auch weltweit sterben bzw. ihr Hab und Gut verlieren. Anlass ist die Flutkatastrophe am 14. und 15. Juli 2021, die vor allem in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz etwa 200 Menschen das Leben gekostet hat.

Mehr mittelstandsfreundliche EU-Politik nötig

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind das Rückgrat unserer Wirtschaft, doch leider gab es in den letzten Jahren wenig politische Fortschritte in der europäischen Politik für kleine und mittlere Unternehmen. Die CDU/CSU-Gruppe setzt sich beispielsweise schon lange für einen Beauftragten für kleine und mittlere Unternehmen in der EU-Kommission sowie einen KMU-Test und ein europäisches Belastungsmoratorium für neue Gesetzgebung ein. Auch „One-in-one-out“, das Prinzip das für jede Gesetzgebung eine alte abgeschafft werden sollte, ist eines unserer wichtigen Anliegen. Bürokratie und zu viele Regeln können beispielsweise kleinen und mittelständischen Bäckern, Landwirten oder Metallbauern die Luft zum Atmen nehmen.

Diese Woche debattierte das Europaparlament über die Mittelstandspolitik der EU und verabschiedete eine Resolution dazu. KMU müssen endlich stärker in der Gesetzgebung berücksichtigt werden. Dass von der EU-Kommission für September angekündigte Entlastungspaket für kleine und mittlere Unternehmen muss ein Anfang wird, dass Erleichterungen für KMU endlich eine zentrale Rolle in der europäischen Politik einnehmen.

Unter dem Titel "State of the SME Union" hat das Europäische Parlament über die Politik der Europäischen Union für kleine- und mittelständische Unternehmen (KMU) debattiert. Das Parlament stimmte eine Entschließung dazu ab. Dazu erklären:

Jens Gieseke (CDU), Co-Vorsitzender des KMU-Kreises der EVP-Fraktion und Berichterstatter der EVP-Fraktion für die Entschließung:

"Kleine und mittlere Unternehmen sind das Rückgrat unserer Wirtschaft, doch leider sind die politischen Fortschritte in der europäischen Politik für kleine und mittlere Unternehmen jenseits der Wahrnehmungsgrenze. Noch immer gibt es kein Belastungsmoratorium. Auch auf einen KMU-Beauftragten in der EU-Kommission warten wir jetzt seit mittlerweile über drei Jahren vergeblich. „One-in-one-out“ ist nur eine ferne Utopie. Bürokratie und zu viele Regeln nehmen kleinen und mittelständischen Bäckern, Landwirten oder Metallbauern die Luft zum Atmen.

Wir brauchen auch endlich einen verbindlichen KMU-Test in den Folgeabschätzungen für neue Gesetze. Die möglichen Auswirkungen auf die 25 Millionen KMU in Europa müssen in jedem Gesetzesvorschlag der Kommission zwingend berücksichtigt werden. Das angekündigte "SME Relief Package" muss deshalb der Anfang sein, dass Erleichterungen für KMU endlich eine zentrale Rolle in der europäischen Politik einnehmen.

Bezeichnend ist leider, dass den Grünen zu diesem Thema überhaupt nichts einfällt und die grüne Fraktion weder eine eigene Entschließung, noch eine einzige Idee in die Parlamentsresolution eingebracht hat. Ich empfehle den grünen Kolleginnen und Kollegen dringend einen Blick über den grünen Tellerrand hinaus auf die Realwirtschaft."

Markus Pieper (CDU), parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe und Co-Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Gruppe (PKM Europe):

"Noch haben wir die Hoffnung, das mit dem angekündigten KMU-Entlastungspaket der Befreiungsschlag für den Mittelstand kommt. Über 90 % der deutschen mittelständischen Industrie will Lieferketten transparenter machen. Die Wirtschaft will die die Energiewende. Die Firmen wollen nachhaltig produzieren, auch weil es einen Riesenmarkt für grüne Innovationen gibt. Aber nicht so. Wir können kleine Firmen nicht zur Menschen-rechts- und Umweltpolizei weltweit machen, sogar mit Unternehmerhaftung. Wir können kleine Firmen nicht gleichzeitig mit sozialer Berichterstattung, mit Berichtspflichten zur gendergerechten Bezahlung, mit Taxonomie und vielem mehr belasten.

Wir fordern endlich einen Mittelstandsbeauftragten, der die manchmal egoistischen legislativen Spielwiesen der Kommissare zusammenbringt und dafür sorgt, dass Politik aus einem Guss entsteht. Wir fordern ein Single Reporting Instrument, dass vom Unternehmen her denkt, und nicht für jede Generaldirektion extra Berichte einfordert. Teilweise müssen Unternehmen heute zwei Mal über dieselbe Sache an Brüssel berichten.

KMUs sind ein Rückgrat, eine Säule der Demokratie. Wir brauchen ein echtes Signal aus der Kommission „wir haben verstanden“. Sonst schwindet die Akzeptanz für Europa und den Binnenmarkt. Wir dürfen Unternehmer nicht zu Protestwählern werden lassen."

Der digitale Euro

Die EU-Kommission hat ihren Vorschlag zum digitalen Euro vorgestellt. Dazu erklärt **Markus Ferber (CSU)**, wirtschaftspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„So wie der digitale Euro konzipiert ist, ist er eine Lösung auf der Suche nach einem Problem. EZB und Europäische Kommission haben bisher die Frage nach dem ‚Warum‘ nicht überzeugend beantworten können. Wenn die Menschen den Mehrwert einer digitalen Währung nicht sehen, wird der digitale Euro ein Akzeptanzproblem haben. Schwammige Konzepte wie ‚strategische Autonomie‘ und ‚monetäre Souveränität‘ überzeugen die Bürger

nicht. Die Menschen wollen ganz konkret wissen, was man mit dem digitalen Euro machen kann, was heute nicht geht.

In Europa haben wir bereits heute leistungsfähige Zahlungssysteme, künftig sollen Sofortüberweisungen zum Standard werden. Es gibt derzeit keine offensichtliche Lücke, die ein digitaler Euro im normalen Zahlungsverkehr schließen müsste. Wenn das einzige Ziel darin besteht, bestehende Systeme zu duplizieren, ist wenig gewonnen.

Der digitale Euro ist bewusst als Retail-Produkt konzipiert. Damit entfallen viele potentielle Anwendungsmöglichkeiten in der Industrie, wo es tatsächlich einen Mehrwert einer digitalen Währung für die Nutzer geben könnte. Im Gesetzgebungsprozess dürfen wir nicht die Türen für spätere Upgrades und neue Funktionalitäten schließen. Es muss darum gehen, die Chancen einer digitalen Währung zu erschließen.

Der digitale Euro kann Bargeld zwar ergänzen, aber nicht ersetzen. Bargeld ist gedruckt Freiheit und das muss auch so bleiben. Wenn auch nur der Eindruck entsteht, der digitale Euro solle das Bargeld ersetzen, wird es ein massives Akzeptanzproblem geben.“

Hintergrund:

Die Europäische Zentralbank hat im Oktober 2021 eine Untersuchungsphase eingeleitet, in der das Für und Wider eines digitalen Euros sowie verschiedene Design-Optionen durchleuchtet werden. Eine endgültige Entscheidung des EZB-Rates soll zwar erst im Oktober 2023 fallen, es wird aber erwartet, dass der EZB-Rat das grüne Licht erteilen wird.

Trilogergebnis der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie bestätigt

Der Ausschuss der für Industrie, Forschung und Energie des Europaparlaments hat das Trilogergebnis der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie bestätigt. Dazu erklärt **Markus Pieper (CDU)**, Berichterstatter des Europaparlaments und parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe:

"Damit ist ein nächster Schritt für einen schnelleren Ausbau der Erneuerbaren Energien getan. Ich freue mich über das positive Abstimmungsergebnis. Nun fehlt nur noch die Plenarabstimmung im September.

Die neue Erneuerbare-Energien-Richtlinie zeigt, dass eine pragmatische, innovative, unbürokratische und technologieoffene Gesetzgebung in Europa möglich ist. "

Hintergrund:

Der Ausschuss der für Industrie, Forschung und Energie hat die Erneuerbaren-Energien-Richtlinie mit 52 dafür, 3 dagegen bei 6 Enthaltungen angenommen.

EU-Ausbauziele: Ladesäulen und Tankstellen für alternative Kraftstoffe

Das Plenum hat neue EU-Ausbauziele für Ladesäulen und Tankstellen für alternative Kraftstoffe angenommen. Dazu erklärt Jens Gieseke (CDU), verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe und Verhandlungsführer für die Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament:

„Wir haben nun endlich klare und rechtlich bindende Ziele für den Ausbau der Infrastruktur in ganz Europa. Diese haben bisher gefehlt. Fehlende Tankstellen oder Ladesäulen sollen die Bürgerinnen und Bürger nicht am Reisen hindern. Dafür haben wir gegenüber den Mitgliedsstaaten deutlich höhere Ziele durchgesetzt: 30 Prozent mehr Ladekapazität pro zugelassenes Elektroauto. Das ist ein großer Erfolg für das Parlament.“

Das Signal, das von dieser Verordnung ausgeht, ist von großer Bedeutung. Der Infrastrukturausbau muss nun dringend beginnen. Umfragen zeigen: hohe Einstiegskosten und fehlende Infrastruktur verhindern nachhaltige Mobilität. Ohne Akzeptanz in der Bevölkerung und der Industrie werden die Reduktionsziele des Verkehrssektors verfehlt werden.

Es ist daher erfreulich, dass wir uns in vielen Punkten durchsetzen konnten. Während andere am liebsten bestimmte Technologien ausgeschlossen hätten, haben wir auf Technologieoffenheit bestanden. Wir setzen auf den Ausbau von Ladesäulen für PKW und LKW, Tankstellen für Wasserstoff und LNG sowie Landstrom für Schiffe und Flugzeuge. Für all dies gibt es nun rechtlich bindende Ziele und klare Ausbauhorizonte. Das schafft Planungssicherheit für die Mitgliedsstaaten, die Bürger und unsere Industrie.

Es ist jedoch klar, dass diese Verordnung nur der Startschuss ist. AFIR stellt lediglich die Minimalversorgung sicher. Zusätzlich werden private Ausbauintiativen erforderlich sein, insbesondere vor dem Hintergrund des Verbrennerverbots für PKW ab 2035.

Nicht nachvollziehbar ist, dass die Grünen nun das Verbrennerverbot auch für den gesamten LKW- und Bussektor fordern. Denn gerade bei den Ausbauzielen für LKW-Infrastruktur mussten wir in den Verhandlungen Federn lassen. Diese „Alles auf eine Karte“-Politik der Grünen ignoriert die Realität und kann unsere Abhängigkeitsprobleme weiter verschärfen. Um den Mobilitätssektor zu dekarbonisieren, brauchen wir alle technischen Lösungen: Batterien, Wasserstoff, LNG und auch nachhaltige Kraftstoffe. Technologieoffenheit bleibt ein zentrales Anliegen der EVP.“

Hintergrund:

Durch die Revision werden die Ausbauziele deutlich angehoben: Pro Elektroauto müssen die Mitgliedsstaaten 1,3 kW Ladeleistung zur Verfügung stellen. Das entspricht einer Erhöhung der Ratsposition um 30 Prozent.

Mindestens alle 60 Kilometer sollen bis 2025 entlang der europäischen Hauptverkehrsadern (TEN-Kernnetz) Ladesäulen für PKW entstehen. Bis 2030 müssen auch auf dem TEN-V Gesamtnetz alle 60 Kilometer PKW-Ladesäulen entstehen. Die Bereitstellung von Ladeinfrastruktur für LKW wird ab 2027 für die Mitgliedsstaaten verpflichtend. Bis 2030 sollen so an den Hauptverkehrsadern ebenfalls alle 60 Kilometer Lademöglichkeiten für LKW entstehen. Auf dem TEN-V Gesamtnetz darf die Distanz maximal 100 Kilometer betragen. Zusätzlich müssen auf sicheren Parkplätzen und in städtischen Knoten Ladesäulen für LKW eingerichtet werden. Bis 2030 soll es zudem entlang der Hauptverkehrsadern alle 200 Kilometer Tankmöglichkeiten für Wasserstoff geben. Auch für LNG-Tankstellen gibt es ein Ausbauziel für das Jahr 2025. Straßenabschnitte, die wenig befahren werden und auf denen sich Investitionen ökonomisch nicht rechtfertigen lassen, können ausgenommen werden. Das muss aber von den Mitgliedsstaaten beantragt und von der Kommission genehmigt werden.

An den Lade- und Tankstationen müssen die Preise klar und deutlich kommuniziert werden. An allen Schnellladesäulen muss das Bezahlen mit Karten möglich sein.

Auch für den Flugverkehr und die Schifffahrt sollen die Emissionen reduziert werden. Daher werden Häfen verpflichtet ab 2030 Landstromverbindungen für Schiffe anzubieten. Bereits ab 2025 müssen Flughäfen an allen Gates Stromverbindungen für Flugzeuge anbieten. Laufende Hilfsmotoren gehören damit der Vergangenheit an. Zusammen mit den FuelEU-Maritime- und ReFuel-Aviation-Verordnungen entsteht so ein deutlicher Reduktionsspfad für Emissionen, insbesondere in unmittelbarer Flughafen- und Hafennähe.

Um die Umsetzung dieser Verordnung genau im Auge behalten zu können, müssen die Mitgliedsstaaten alle zwei Jahre umfangreiche Fortschrittsberichte veröffentlichen. Auch die Kommission ist aufgefordert, regelmäßige Berichte zu veröffentlichen.

Überarbeitung der Bauproduktenverordnung

Das Europäische Parlament hat sich zur Überarbeitung der Bauproduktenverordnung positioniert. Dazu erklärt **Christian Doleschal (CSU)**, Berichterstatter des Europaparlaments:

„Wer ein neues Haus bauen oder ein altes renovieren möchte, weiß: das ist meist mit viel Aufwand und vor allem Kosten verbunden. Doch gerade jetzt explodieren die Kosten für Baumaterialien rasant. Steigende Zinsen, Rohstoffmangel, Lieferengpässe und Fachkräftemangel belasten das europäische Baugewerbe, das 5,5% des europäischen Bruttoinlandsprodukts und über 25 Millionen Beschäftigte in 5 Millionen Unternehmen stellt, zusätzlich.

Doch um unsere ambitionierten Ziele im Rahmen des Green Deals tatsächlich auch umsetzen zu können, ist es umso wichtiger, dass wir den Bausektor weiter entlasten, statt zu belasten. Jetzt ist nicht der Zeitpunkt für zusätzliche Bürokratie. Ich freue mich, dass es uns mit der heutigen Abstimmung gelungen ist, den ursprünglich sehr komplexen Kommissionsvorschlag zu entschlacken und nutzerfreundlicher zu gestalten. Mit einem klar definierten Anwendungsbereich und klaren Vorgaben, wie Normen für Bauprodukte erstellt werden sollen, möchten wir den seit Jahren bestehenden Normenstau auflösen, verständliche Rahmenbedingungen schaffen und die Veröffentlichung im Europäischen Amtsblatt beschleunigen. Um den reibungslosen Warenverkehr von Bauprodukten gewährleisten zu können, sollen Mitgliedstaaten zudem keine zusätzlichen Anforderungen stellen dürfen. Die Einführung eines digitalen Produktpasses für Bauprodukte, um Überschneidungen und doppelte Informationen auf Bauprodukten zu vermeiden, sorgt insgesamt für mehr Transparenz und ist ein wichtiger Schritt in Richtung Digitalisierung des Bausektors.“

Hintergrund:

Am 30. März 2022 hat die EU-Kommission ihren Legislativvorschlag für eine überarbeitete Bauproduktenverordnung vorgelegt. Hauptziel der Bauproduktenverordnung ist es, EU-weit einheitliche Prüfstandards für Bauprodukte zu etablieren und einen einheitlichen Markt zu fördern. Sie ist eine der rechtlichen Grundlage für die CE-Kennzeichnung der Produkte und für die Leistungserklärungen der Hersteller. Die heutige Plenarabstimmung ebnet den Weg für die Aufnahme der Trilogverhandlungen zwischen Europaparlament und Mitgliedstaaten, welche für den 17. Juli 2023 vorgesehen ist.

DSGVO-Verfahrensregeln

Zu den Vorschlägen der EU-Kommission für eine Harmonisierung der Verfahrensregeln der Datenschutzgrundverordnung erklärt **Axel Voss (CDU)**, rechtspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Endlich gibt es mal den Mut zumindest ein Reförmchen der bereits technologisch veralteten DSGVO anzugehen. Von daher begrüßen wir grundsätzlich die Vorschläge der Kommission zur lange überfälligen Verbesserung der DSGVO bei den grenzüberschreitenden Verfahrensregeln. Allerdings hoffe ich, dass die Kommission nicht denkt, dass mit dieser Minireform alle Probleme der DSGVO gelöst sind. Es geht nicht nur um Probleme bei grenzüberschreitenden Verfahren, sondern es geht um eine Modernisierung der DSGVO insgesamt in Bezug auf Entwicklungen wie Blockchain, Cloudlösungen, KI sowie Abbau der massiven Bürokratielast und der Ermöglichung von Datenverarbeitung ohne die Grundrechte des Einzelnen zu verletzen.“

Der vielfach beschworene Goldstandard erdrückt uns wettbewerblich. Die Überprüfung der DSGVO nächstes Jahr muss deshalb zu einer echten Reform führen, wenn wir in einer datengetriebenen Welt überhaupt noch eine Rolle spielen wollen.“

Trilogieeinigung ASAP - Förderung Munitionsproduktion

Die Unterhändler des Europäischen Parlaments und der Mitgliedstaaten haben sich im Trilog auf das Gesetz zur Förderung der Munitionsproduktion (engl. "ASAP"- Act in Support of Ammunition Production) geeinigt. Dazu erklärt **Michael Gahler (CDU)**, außenpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

"Seit nahezu 500 Tagen setzen sich die Ukrainerinnen und Ukrainer tapfer gegen die russische Aggression zur Wehr. Nicht zuletzt im Interesse unserer eigenen Sicherheit sind wir gefordert, sie nach allen Kräften dabei zu unterstützen, um sicherzustellen, dass die Ukraine diesen Kampf gewinnt.“

Die heutige Einigung zwischen dem Europäischen Parlament und dem Ministerrat zum Instrument zur Förderung der Munitionsproduktion, ASAP, ist sowohl zur Unterstützung der Ukraine als auch zum Auffüllen der Bestände der EU-Mitgliedstaaten ein wichtiger Schritt. Mit ASAP wird die europäische Verteidigungsindustrie im Aufbau von Kapazitäten mit 500 Millionen Euro unterstützt. Dies sendet das richtige Signal, kann aber nur ein Anfang sein. Deshalb ist es bedauerlich, dass die Mitgliedstaaten sich den flankierenden Maßnahmen, wie vor allem der Repriorisierung von bestehenden Bestellungen, zunächst verweigert haben. Gerade diese hätten die schnelle Wirksamkeit des Instruments maßgeblich befördert.

Die Bereitschaft der Mitgliedstaaten diese Elemente in einem späteren, umfangreicheren europäischen Verteidigungsinstrument zu verankern ist zwar begrüßenswert. Jedoch stellt sich angesichts der angespannten Haushaltslage die Frage, wie dieses finanziert werden soll. Vor dem Hintergrund eines Krieges auf europäischem Boden braucht es mehr als nur Absichtserklärungen. Vielmehr bedarf es der Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel, um die Sicherheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger auch langfristig gewährleisten zu können.“

Trilog-Einigung EDIRPA (gemeinsame Beschaffung)

Die Unterhändler des Europaparlaments und der Mitgliedstaaten haben sich im Trilog auf die Verordnung zur Einrichtung des Instruments zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung ("EDIRPA") geeinigt. Dazu erklärt **Michael Gahler (CDU)**, außenpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion und einer der Berichterstatter des Europaparlaments:

„Viel zu lange haben wir unsere Verteidigung vernachlässigt und das Potenzial für eine engere Zusammenarbeit in der europäischen Verteidigung nicht ausgeschöpft. Bereits 2007 haben sich die Mitgliedstaaten auf einen Anteil von 35 % für gemeinsame Verteidigungsinvestitionen geeinigt. Im Jahr 2021 wurden allerdings nur 18 Prozent erreicht. Es ist bedauerlich, dass wir einen Krieg in Europa brauchten, um den Kurs zu ändern. Dennoch stellt EDIRPA einen ersten, historischen Schritt in die richtige Richtung dar. Trotz der höchst angespannten Haushaltslage konnten wir zusätzliche Mittel sichern, wenngleich diese dem Bedarf nicht gerecht werden. Hier sind die Mitgliedstaaten gefordert, die Zeitenwende auch europäisch umzusetzen.“

Link zum Gesetzgebungsvorschlag- und verfahren:

[https://oeil.secure.europarl.europa.eu/oeil/popups/ficheprocedure.do?reference=2022/0219\(COD\)&l=en](https://oeil.secure.europarl.europa.eu/oeil/popups/ficheprocedure.do?reference=2022/0219(COD)&l=en)

Die Luft zum atmen

Der Umweltausschuss im Europäischen Parlament hat über die Überarbeitung der EU-Luftqualitätsrichtlinie abgestimmt. Dazu erklärt **Norbert Lins (CDU)**, Berichterstatter der EVP-Fraktion:

„Im Europäischen Parlament sind wir uns alle einig und niemand bestreitet, dass wir hin zu einer besseren Luftqualität innerhalb der Europäischen Union arbeiten müssen. Wir müssen jedoch auch im Hinterkopf behalten, dass sich die Luftqualität innerhalb der letzten Jahrzehnte stetig verbessert hat und viele der EU-Mitgliedsstaaten schon einen hohen Standard erreicht haben.

Diese Revision sollte daher die Kosten und Aufwand mit dem Endergebnis proportional abwägen.

Für die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament ist vor allem ein Fahrverbot oder ein Industriestopp zum Erreichen einer besseren Luft eine rote Linie. Anreize statt Verbote sind der richtige Weg. Diese Ansicht wird leider nicht von einer rot-grün-linksgelben Mehrheit geteilt.“

Weiterführende Links zum [Gesetzgebungsvorschlag](#) und [-verfahren](#):

Freihandelsabkommen zwischen der EU und Neuseeland

Zur Entscheidung des Ministerrats, das Freihandelsabkommen mit Neuseeland zu unterzeichnen, erklärt Daniel Caspary (CDU), Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe und Berichterstatter für das Abkommen:

„Heute ist ein guter Tag für den Freihandel. Nach insgesamt vierjährigen Verhandlungen und einem weiteren Jahr Konsolidierung haben die EU-Staaten heute endlich grünes Licht

für das Freihandelsabkommen mit Neuseeland gegeben. Das Abkommen wird der europäischen und der neuseeländischen Wirtschaft einen intensiven Schub geben.

Gerade jetzt, wo Putin mit seinem fürchterlichen Krieg gegen die Ukraine versucht, die internationale Ordnung zu zerschlagen, ist das Handelsabkommen ein wichtiges und starkes Signal. Wir setzen auf Kooperation, Zusammenarbeit und auf ein regelbasiertes Miteinander, das in internationalen Verträgen festgesetzt wird. Das Abkommen ist sehr fortschrittlich gestaltet. Wir bekommen Marktzugang in Neuseeland für unsere Unternehmen und können somit Arbeitsplätze sichern. Zudem sind viele Sozial- und Umweltstandards mit eingearbeitet, die künftig durchsetzbar sein werden.

Als Berichterstatter ist es mein Ziel, das Abkommen noch in diesem Jahr im Europäischen Parlament zur Abstimmung zu stellen, damit es möglichst schnell seinen gewünschten Beitrag für wirtschaftliche Stabilität und gute Zusammenarbeit leisten kann. Unser Ziel ist es, die Ratifizierung im laufenden Mandat abzuschließen.“

Europäisches Datengesetz „EU Data Act“

Zur Trilog-Einigung zum europäischen Datengesetz "EU Data Act" erklären:

Angelika Niebler (CSU), Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe, Vorsitzende der CSU-Europagruppe und Mitglied im zuständigen Industrieausschuss:

"Der Data Act ist ein weiterer Meilenstein der europäischen Digitalgesetzgebung. Er wird Datensilos öffnen und das Teilen von nicht-personenbezogenen Daten grundsätzlich erleichtern. Fast jedes Produkt - vom Kühlschrank über die Kaffeemaschine bis hin zum Auto oder Flugzeug - generiert heutzutage Daten. Auf diese können zukünftig nicht nur die Hersteller, sondern auch Verbraucher und Unternehmen einfacher zugreifen. Damit schaffen wir mehr Wettbewerb, denn rund um Daten können sich auf Basis neuer Geschäftsideen neue Dienstleistungen, wie zum Beispiel für Reparaturen und Wartungen, entwickeln, natürlich unter Gewährleistung hoher europäischer Datenschutz-Standards."

Christian Ehler (CDU), industrie- und forschungspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

"Der Data Act eröffnet Chancen für Innovation, Wachstum und Wertschöpfung in Europa. Gerade für die europäische Industrie kann dieses Gesetz ein Veränderungsbringer sein, denn es ist der zentrale Baustein für eine florierende europäische Datenwirtschaft. Der Data Act regelt endlich den Zugriff auf die Daten von vernetzten Haushalts- und Industrie geräten, modernsten Maschinen bis hin zu Mähdreschern und Flugzeugturbinen. Diese Trilog-Einigung ist deshalb eine sehr gute Nachricht. Dies ist insbesondere ein großer Erfolg für die EVP, denn wir haben das Gesetz maßgeblich mitgestaltet."

Wir sind zufrieden mit dem Ergebnis. Der Trilog hat insbesondere Verbesserungen zur Wahrung von Geschäftsgeheimnissen gebracht. Der Schutz des Eigentums und die Integrität der Daten steht beim Data Act im Vordergrund. "

Hintergrund:

Am späten Mittwochabend haben sich die Unterhändler des Europäischen Parlaments und der Mitgliedsstaaten der EU auf einen Kompromiss zum europäischen Datengesetz (Data Act) geeinigt. Der Data Act regelt unter anderem, wer künftig berechtigt sein wird, die Daten vernetzter Geräte - von smarten Kühlschränken bis hin zu Flugzeugen oder Traktoren, zu nutzen. Das Datengesetz soll den Wettbewerb im digitalen Markt stimulieren und

Daten für alle zugänglicher machen - Firmen, Start-ups, aber auch den Nutzerinnen und Nutzern. Der Datenschutz gilt weiterhin uneingeschränkt. Die Einigung muss nun noch formal vom Europäischen Parlament und den Mitgliedsstaaten angenommen werden.

EuGH-Urteil zu Meta

In seinem Urteil (Rechtssache C 252/21, Meta Platforms u. a.) stellt der EuGH fest, dass eine nationale Wettbewerbsbehörde prüfen kann, ob das Verhalten eines Unternehmens mit anderen als wettbewerbsrechtlichen Vorschriften, wie z. B. den Vorschriften der Datenschutz-Grundverordnung, in Einklang steht. Gleichzeitig kündigte die Kommission eine Mini-Reform der Datenschutz-Grundverordnung an, um die grenzüberschreitenden Verfahrensregeln zu verbessern.

Hierzu erklärt **Andreas Schwab (CDU)**, binnenmarktpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion und Berichterstatter für den Digital Markets Act.

„Ich begrüße diese beiden Initiativen der EU-Institutionen sehr. In einem digitalen Sektor, in dem das Marktverhalten nach unterschiedlichen Regeln beurteilt werden könnte, kann man nicht weiterhin von wasserdichten Abteilungen ausgehen. Der Missbrauch von Daten ist das perfekte Beispiel dafür.“

Wir bewegen uns in die richtige Richtung: Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen verschiedenen Behörden - wie bereits vom DMA vorgesehen - wird immer wichtiger. Aber auch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Wettbewerbsbehörden, um in Fällen wie diesem einen übergreifenden Ansatz zu verfolgen, ist eines der Ziele, die wir innerhalb des Systems des Europäischen Wettbewerbsnetzwerks noch erreichen müssen.“

EU Chips Act

Das Europäische Parlament hat den europäischen Chips-Act bestätigt. Dazu erklärt **Angelika Niebler (CSU)**, Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe, Vorsitzende der CSU-Europagruppe und Mitglied im zuständigen Ausschuss:

„Der Europäische Chips Act ist ein wichtiger Grundstein für die europäische Halbleiterindustrie. Damit wollen wir sicherstellen, dass europäische Unternehmen im Wettbewerb mit chinesischen oder amerikanischen Unternehmen bestehen können. Dies ist gerade jetzt, angesichts der schnell voranschreitenden Digitalisierung und Technologisierung und des damit verbundenen hohen Bedarfs an Halbleitern ein dringend benötigtes Signal an den Wirtschaftsstandort Europa.“

Hintergrund:

Am heutigen Dienstag hat das Europäische Parlament die Trilog-Einigung zum europäischen Chips-Act angenommen. Künftig soll die Entwicklung, Herstellung und Verpackung von Halbleitern in der EU mit bis zu 43 Mrd. Euro gefördert werden. Der EU-Chips Act beruht dabei auf drei Säulen: Öffentlichen Fördermaßnahmen für die Entwicklung von innovativen Halbleitern, der finanziellen Förderung von innovativen Produktionsstandorten für mehr

Versorgungssicherheit und einem Monitoring der Lieferkette von Halbleitern. Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz Europas zu stärken.

EU-Ethik-Behörde

Zur Entschließung über die Einrichtung einer EU-Ethik-Behörde erklärt **Sven Simon (CDU)**, verfassungspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Wir begrüßen den Vorschlag der Europäischen Kommission zur Schaffung eines Gremiums, das für EU-Institutionen gemeinsame Standards für Verhaltensregeln setzt. Wir sind allerdings gegen eine externe Ethikbehörde, die Abgeordnete nach moralischen Vorstellungen sanktioniert, so wie in Polen von einer Disziplinarkammer gegen Richter vorgegangen wird. Vor diesem Hintergrund schlagen wir vor, ein gemeinsames „Gremium für Standards in öffentlichen Ämtern“ zu schaffen.

Dieses Beratungsgremium soll eine präventive Funktion haben, indem es das Bewusstsein schärft und Leitlinien zur Vermeidung von Interessenkonflikten für die Mitglieder der EU-Organe bereitstellt. Um den politischen Missbrauch dieses Gremiums zu vermeiden, ist es von entscheidender Bedeutung, eine klare Unterscheidung zwischen kriminellen Handlungen, Verstößen gegen institutionelle Regeln und rechtmäßigem, aber unethischem Verhalten festzulegen.

Angesichts des Katargate-Falls, in dem Nichtregierungsorganisationen als Kanäle für ausländische Einmischung in die europäische Demokratie missbraucht wurden, bekräftigen wir unsere Forderung an die Kommission, sich mit der Transparenz und Rechenschaftspflicht von NGOs bei ihren Interaktionen mit EU-Institutionen zu befassen. Wir fordern die Kommission auf, einen Vorschlag für eine NGO-Verordnung vorzulegen, der eine genaue Definition der Tätigkeitsfelder und der Größe von NGOs sowie Maßnahmen zur Bewältigung des Problems des ausländischen Einflusses umfasst.“

COVID-19-Pandemie: Erkenntnisse und Empfehlungen für die Zukunft

„Es ist höchste Zeit, dass Europa den Umgang mit der COVID-Pandemie aufarbeitet und sich so für die Zukunft wappnet. Für uns ist klar: Die Wirksamkeit von Impfungen sowie die Notwendigkeit der europäischen Kooperation stehen an oberster Stelle. Viren machen an den Grenzen nicht halt, und deswegen war es falsch, dass sich viele europäische Mitgliedstaaten in den ersten Wochen der Pandemie so verhalten hatten, als handele sich um ein rein nationales Problem. Bei der Beschaffung der Impfstoffe gab es ganz zu Beginn Probleme, aber schon am 1.7.2021 war die Impfquote in der EU größer als in den USA.

Unter dem Strich hat sich die Europäische Union in der Pandemie bewährt. Es wurden bereits wichtige Konsequenzen gezogen wie die Einführung von HERA, der Behörde für Krisenvorsorge und -reaktion. Die Rolle der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) und des Europäischen „RKI“ (ECDC) wurden gestärkt und durch die Verordnung zu grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren ist die EU jetzt unabhängig von der WHO in der Lage, den Gesundheitsnotstand auszurufen.

Jetzt müssen die Probleme der Long-Covid Patienten endlich stärker in den Fokus rücken. Viele Patienten werden zu Unrecht als psychisch krank abgestempelt. Es ist erwiesen, dass Long-Covid als eigenständiges Krankheitsbild existiert. Wir müssen schnell durch gemeinsame Forschung und Wissenstransfer die besten Therapien entwickeln.

Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Schutz des geistigen Eigentums zum Beispiel für die Hersteller von mRNA-Impfstoffen wie BioNTech nicht aufgeweicht werden soll. Es ist richtig, dass in den internationalen Verträgen wie dem TRIPS-Abkommen Notfallzulassungen im Fall einer Pandemie möglich sind. Dies sollte auch so bleiben. Generell müssen wir aber den Schutz des geistigen Eigentums erhalten und nicht wie manche bei den Linken und Grünen verlangen, abschaffen. Der Schutz des geistigen Eigentums hilft uns auch bei der Bekämpfung von Krebs zum Ziel zu kommen. Daher ist es gut, dass der Sonderausschuss sich mit Mehrheit dazu bekannt hat.“

Hintergrund:

Im März 2022 hat das Europaparlament einen Sonderausschuss zur „COVID-19-Pandemie: Lehren und Empfehlungen für die Zukunft“ (COVI) eingesetzt. Der Ausschuss hat nicht nur die Auswirkungen auf die Gesundheitssysteme und die Impfkampagne, sondern auch die Auswirkungen auf Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sowie die internationale Reaktion auf die Pandemie unter die Lupe genommen. Mit der jetzigen Verabschiedung des Abschlussberichts endet das Mandat des Ausschusses am 19. Juli 2023.

Mein Mittelfranken

Leiterin des Schwabacher Frauenhauses unter den Preisträgerinnen des Ellen-Ammann-Preises

Im Rahmen eines feierlichen Festakts im Bayerischen Landtag wurde der renommierte Ellen-Ammann-Preis des Katholischen Deutschen Frauenbundes Landesverband Bayern (KDFB) vergeben. Unter den diesjährigen Nominierten befand sich auf meinen Vorschlag die Leiterin des Schwabacher Frauenhauses, Andrea Hopperdietzel.

Lesen Sie [mehr](#) zur Auszeichnung.

Siegerehrung beim Challenge Roth

Wow, was war das wieder für ein großartiges Mega-Sportevent in Roth. Es wurden nicht nur sportlich Rekorde geknackt, sondern auch bei den Besucherzahlen. Challenge-Sieger Magnus Ditlev und Siegerin Daniela Ryf toppen die bisherigen Weltrekorde und rund 300.000 Zuschauer waren live dabei. Ich gratuliere nicht nur den Gewinnern, sondern allen Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Das ist Spitzensport vom Feinsten.

Die Veranstalter und die vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer, Feuerwehren, Wasserwacht, THW, BRK und Polizei haben wieder einmal alles gegeben, um ein unvergessliches Event auf die Beine zu stellen. Wahnsinn und danke!
(Bildquelle: Bernhard Bergauer)



Reitsport: Fränkische Dressurmeisterschaften in Ansbach



Das Glück der Erde liegt auf dem Rücken der Pferde. Davon konnte ich mich bei den Fränkischen Dressurmeisterschaften am Pferdezentrum Franken in Ansbach live überzeugen. Ich hatte die besondere Ehre, die Schirmherrschaft zu übernehmen und den Sieger-Paaren gratulieren zu dürfen.

(Bild: LLZ)

Eröffnung der Kirschen Saison

Im Kirschgarten der Familie Sperber in Bullach haben wir Mitte Juni die Kirsch-Saison eingeläutet.

Die Fränkischen Kirschbauern sind mit ihren Produkten bisher zufrieden: Qualität und Wachstum sind gut. Es ist zwar etwas zu trocken, dennoch erwarten sie eine normale Ernte. Die Verbraucher dürfen sich auf köstliche Kirschen aus der Region freuen.

Mit Insektenhotels, Grünstreifen oder Blühstreifen zwischen den Bäumen sorgen unsere Obstbauern außerdem für Artenvielfalt.

Abschlusskonferenz „Heimat für Regionalprodukte“

Unser Franken hat alles zu bieten, was wir für eine leckere, regionale und nachhaltige Küche brauchen. Wir können uns über ein unvergleichliche Produktvielfalt freuen. Aber: Wir dürfen auch die Realität nicht ausblenden. 85 Prozent unserer Rohstoffe für Nahrungsmittel gehen in den Lebensmitteleinzelhandel (LEH). D.h. wir müssen die Rahmenbedingungen für unsere landwirtschaftlichen Betriebe, damit sie auch in Zukunft unter besten Voraussetzungen Supermärkte und den LEH beliefern können, weiter stärken und verbessern. Wir brauchen eine Lieferkette auf Augenhöhe.

Ansonsten freue ich mich, dass ein kleinerer Teil des Absatzes über Direktvermarkter, Bauern- und Wochenmärkte und andere Einrichtungen möglich ist. Es wird die großen Einkaufsmöglichkeiten, die Verbraucherinnen und Verbraucher aufgrund massiver Werbung nutzen, nie ersetzen.

Wertschätzung und Wertschöpfung sind entscheidend!

Wir haben starke und engagierte Akteure mit viel Know-how, die unsere regionalen Produkte für die Verbraucherinnen und Verbraucher zugänglich machen. Da geht aber noch mehr! Als erste Metropolregion in Europa überhaupt, hat die Metropolregion Nürnberg deshalb das großartige Konzept „Heimat für Regionalprodukte“ initiiert. Eine tolle Sache und Vorbild für ganz Europa.

Jetzt fand die Abschlusskonferenz der Beteiligungsphase in Nürnberg dazu statt und das Projekt kann durchstarten. Ich wünsche ganz viel Erfolg und Nachahmer!

Herzensangelegenheiten

Marlene Mortler Meets ... Tom Vandenkendelaere

Es neue Folge [Marlene Mortler Meets](#) ist da!

Dieses Mal spreche ich mit meinem belgischen Kollegen Tom.

Reinschauen lohnt sich!

[Hier](#) geht es zur Aufnahme.

Lesenswert

EU-Kommunal

Lesen Sie in der [EU-Kommunal](#) immer die aktuellen Nachrichten für Kommunen aus und für Europa.

Brüsseler Notizen

Lesen Sie die neueste Ausgabe der "[Brüsseler Notizen](#)" der Hanns-Seidel-Stiftung mit Beiträgen zur aktuellen Außen- und Entwicklungspolitik.

Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP
Briver Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51
mittelfranken@marlenemortler.eu

www.marlenemortler.eu

Folgen Sie mir auch auf Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Daniela Seifart

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Wenn Sie diese E-Mail nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte per E-Mail an mittelfranken@marlenemortler.eu mit.